

Bleiberecht gibt 288 Menschen Arbeit

Beratungsstellen wünschen finanzielle Sicherheit

ma **MEPPEN.** Eine langfristige finanzielle Sicherung ihrer drei Beratungsstellen für die Migrationsarbeit wünschen sich das Deutsche Rote Kreuz in Papenburg sowie die Sozialdienste Katholischer Männer (SKM) in Meppen und Lingen.

Diesen Wunsch haben sie jetzt in einem Gespräch der Integrationsbeauftragten des Landes Niedersachsen, Honey Deihimi, in Meppen erläutert. Wie der Meppener SKM-Vorsitzende Günter Göken sagte, finanziert das Land Niedersachsen jeweils eine halbe Stelle mit jährlich 21000 Euro für die drei Migrationberatungsstellen. Leider müsse der Zuschuss jedes

Jahr neu beantragt werden. Dies erschwere die Planungssicherheit auch für die Mitarbeiter erheblich.

Die CDU-Landtagsabgeordneten Heinz Rolfes und Bernd-Carsten Hiebing erwiderten, dass sie das Problem erkannt hätten. Zugleich seien die Zuschüsse aber auch an den einzelnen Landesetat des jeweiligen Jahres gekoppelt. Honey Deihimi, Tochter iranischer Eltern, wies auf weitere mögliche Finanztopfe hin: Neben den Kommunen komme auch der Europäische Sozialfonds infrage, der für Integrationsarbeit 826 Millionen Euro bereithielte. Die 33-jährige Rechtsanwältin ist seit sechs

Monaten im Amt. Sie ist ressortübergreifend für die Integration von Migranten zuständig und berät die niedersächsische Landesregierung bei der Gestaltung und Umsetzung der Integrations-, Ausländer-, Asyl- und Flüchtlingspolitik.

Wie wichtig die Arbeit der drei Beratungsstellen sowie der Leitstelle für Integration beim Landkreis Emsland ist, belegen einige Zahlen. Derzeit leben im Emsland 858 Menschen, die unter die neue Bleiberechtsregelung in Niedersachsen fallen, davon stammen 557 Personen aus Serbien und Montenegro. 288 Migranten von ihnen sind inzwischen berechtigt,

einer geregelten Arbeit nachzugehen. Dazu Hiebing: „Arbeit ist eine wichtige Voraussetzung zur Integration.“

Gleichwohl wies Ludger Haukap vom Fachbereich Migration des Caritasverbandes darauf hin, dass „viele Migranten nur geduldet sind und nicht in den Genuss der Bleiberechtsregelung kommen“. Ihre Kinder, von denen einige bereits in Deutschland geboren wurden und seit Jahren zur Schule gingen, „lebten mit der ständigen Angst vor der Abschiebung“. Hermann-Josef Schmeinck vom SKM Lingen ergänzte: „Die einheimische Bevölkerung muss wissen, dass zur Integration beide Seite gehören.“